

steht die Regierung nicht allein, die Bevölkerung bekräftigt ihre Haltung durch Demonstrationen. Kurzzeitige Gerüchte, ein maßgeblicher Vertreter des Staates wolle die Internierten der Schweiz und zu deren Verfügung überstellen, rufen Empörung hervor; mit Sensen und Heugabeln bewaffnet verlangt man die strikte Unterlassung eines solchen Vorhabens.

Auch die Kirche unterstützt die Forderung nach Asylgewährung und Schutz für die Russen. Die Haltung der sich auf das Evangelium berufenden Geistlichkeit wird auch seitens der Kirchenbehörden unterstützt. Überliefert ist so auch der an Pfarrer Johannes Tschuor in Schaan ergangene Auftrag der Bischöflichen Kurie in Chur, zu dessen Bistum Liechtenstein gehört, gegen eine Auslieferung der Russen in Vaduz Protest einzulegen, falls diese geplant sei. Er solle an das Wort erinnern, daß man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen.

In den „Nachrichten der Kameradschaft des 15. Kosaken-Kavallerie-Korps“ der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Nr. 47, Weihnachten 1984) heisst es u. a.: „Doch war es Papst Pius XII., der bereits 1945 die zwangsweise Repatriierung von Russen kritisierte und verriet, daß den Sowjets im Abkommen von Jalta in einer Geheimklausel die Auslieferung ihrer Landsleute zugesichert worden war.“

Die Sowjetkommission verfolgt, wie sich nachher zeigte, die Vorgänge in Liechtenstein genau: Kaum sind die inzwischen abgehaltenen Neuwahlen vorüber, taucht die zwischenzeitlich abgereiste Kommission wieder auf. Inzwischen war aber auch eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf erschienen und setzte sich für die Flüchtlinge ein.

Am 21. 5. 1945 besichtigte eine Delegation des Internationalen Komitees für Emigranten das Lager Ruggell: Georges Buschreiter, Generalsekretär aus Bern, und Graf Lubomirsky, polnischer Delegierter.

Trotz allem aber bleibt die Sowjetkommission zunächst hartnäckig.